

MITTEILUNGSBLATT

der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & Freundlnnen Dezember 2019





Fotos: @ Marc Drews









Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen Lassallestraße 40/2/6, A-1020 Wien, Tel.: 0650/48 00 636 E-Mail: LGRav_FreundInnen@gmx.net Internet: www.ravensbrueck.at

Allen Kameradinnen & FreundInnen im In- und Ausland wünschen wir ein gesundes & friedliches Jahr 2020!

Diesem Mitteilungsblatt legen wir einen Zahlschein zur Einzahlung des **jährlichen Mitgliedsbeitrages von 20 Euro** bei. Wir bitten um baldige Überweisung! Spenden werden dankend entgegengenommen.

BIC: BAWAATWW, IBAN: AT85 1400 0028 1082 1178

Wie immer legen wir auch die Einladung bei, Mitglied zu werden, sowie eine **Beitrittserkärung**. Bitte das Blatt gerne an Interessierte weitergeben!

Der Vereinsvorstand der

Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen (ÖLGR/F)

Inhalt

Befreiungsfeier in Ravensbrück & Uckermark

- 3 Gedenkfahrt 2019: Eine persönliche Skizze
- 5 Lesung über Vilma Steindling
- 6 Internationales Ravensbrück-Komitee: Treffen in Gorizia

Projekte 2019/20

- 7 "... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten" Ausstellung zum Häftlingskrankenrevier des KZ Ravensbrück
- 9 Theaterperformance "Lebenslang" von Daniel Langbein

Proteste & Stellungnahmen

10 Gegen eine revisionistische EP-Resolution und für die Gemeinnützigkeit von antifaschistischer Vereinsarbeit: Dokumentation

Vereinsaktivitäten 2019

- 15 Generalversammlung & Tätigkeiten der ÖLGR/F
- 16 Tätigkeiten von Aktivistinnen der ÖLGR/F

Neue Bücher & eine Wanderausstellung

- 17 "Meine Mama war Widerstandskämpferin"
- 18 Rosa Jochmann. Politische Akteurin und Zeitzeugin
- 20 "asozial" Ausgrenzung gestern und heute: Wanderausstellung
- 22 Lotte Dorowin-Zeissl: Zeit der Prüfungen

Nachruf

23 Im Gedenken an Lisl Jäger

Vermächtnis

24 Präambel der Vereinsstatuten der ÖLGR/F

Impressum

MITTEILUNGSBLATT 2019 • Herausgeberin: Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen ÖLGR/F, Lassallestr. 40/2/6, 1020 Wien • Texte & Mitarbeit an dieser Ausgabe: Helga Amesberger, Bernadette Dewald, Veronika Duma, Susanne Empacher, Siegrid Fahrecker, Brigitte Halbmayr (Redaktion & Lektorat), Ruth Steindling, Heldis Stepanik (Korrekturen), Hannelore Stoff • Fotos: Helga Amesberger, Bernadette Dewald, Marc Drews, Sylko, Rainer Mayerhofer, Marco Prill • Titelgestaltung: Bernadette Dewald • Layout: Sylvia Köchl • Vervielfältigung: www.teleprint.at

Meine Gedenkfahrt – eine persönliche Skizze



Foto: SylKo

Im April 2019 habe ich an der Befreiungsfeier des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück teilgenommen. Ich habe mich sehr gerne den Freundinnen der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück angeschlossen, mit deren Arbeit ich mich seit Jahren beschäftige.

Zum ersten Mal im ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück, jedoch war ich mit dem Kopf schon oft dort. Eine Kopfreise, ausgelöst durch die schriftlichen Erinnerungen überlebender Widerstandskämpferinnen, durch Gespräche mit ihnen – wie mit Irma Trsak, Hermine Jursa und auch durch die Begegnung mit Vera, deren Mutter das KZ überlebt hat. Ich erinnere mich an die öffentlichen Auftritte Rosa Jochmanns und an die Bilder Ceija Stojkas.

Mit meinen bunt zusammengewürfelten Bildern und zerrissenem Wissen habe ich mich also auf die Reise begeben. Die Frage im Kopf: Was weiß ich wirklich?

Gemeinsam mit Hannelore bin ich bequem mit dem Nachtzug nach Berlin gereist und von dort sind wir weiter nach Fürstenberg. Wir haben aus dem Fenster gesehen, Wälder zogen vorbei und es beschäftigte uns der Gedanke, dass Überlebende wie Mali Fritz und Hermi Jursa durch dieses Dickicht den Weg nach Hause gesucht haben.

Angekommen in Fürstenberg habe ich die wunderschöne Landschaft gesehen. Welch Widerspruch! Hier in diesem ehemaligen Luftkurort haben Häftlinge Zwangsarbeit geleistet. Die Häftlinge waren sichtbar. Ein Beweis

dafür, dass die Bevölkerung sehr wohl gewusst hat, welche Gewaltherrschaft errichtet wurde.

Wie gehen die Bewohner*innen heute mit diesem Wissen um? Haben sie die Mahn- und Gedenkstätte jemals besucht? Was wissen sie über die Schicksale der inhaftierten Frauen?

Als ich dann nach der Taxifahrt vor der Mahn- und Gedenkstätte gestanden bin, war ich etwas aufgeregt. Was kommt auf mich zu? Was werde ich erfahren? Bin ich genug darauf vorbereitet?

Ich erlebte sehr widersprüchliche Dinge.

Die Gedenkfeier am Sonntag hat sich bei mir als nicht sehr würdevoll eingeprägt. Es war sehr kalt und daher ist die Veranstaltung in einen Saal verlegt worden. Nicht alle Teilnehmer*innen fanden darin Platz und draußen konnte ich aufgrund eines technischen Problems nur einen Teil der Ansprachen hören. Beim Zug der internationalen Formationen zum Denkmal beim Schwedtsee gab es viel Gedränge und keinen Moment des gemeinsamen Gedenkens.

Ihr seid nicht vergessen.

Zwei wichtige Gedenkfeiern haben meine Aufmerksamkeit erregt, weil dadurch deutlich wird, wie die Ideologie des Faschismus in unsere heutige Gesellschaft nachwirkt.

Auf dem ehemaligen Gelände des Jugend-Konzentrati-

onslagers Uckermark wurde jener gedacht, die als "asozial" und nicht erziehbar inhaftiert worden sind. Seit Jahren setzt sich die Initiative für einen Gedenkort KZ-Uckermark gemeinsam mit Betroffenen und Angehörigen dafür ein, dass der Ort nicht vergessen wird.

Auf einer Tafel habe ich gelesen, dass die Häftlinge jeden Morgen um 5 Uhr geweckt worden sind. Sie mussten bei jedem Wetter und sommers wie winters einen Dauerlauf machen. Ohne Schuhe und nur mit einer Unterhose bekleidet.

Die Initiative "Autonome feministische Frauen und Lesben aus Deutschland und Österreich" haben eine Feier mit dem Titel In-Sicht veranstaltet. Dieses Gedenken erweitert meinen Blick darauf, wie komplex die Verfolgung von lesbischen Frauen war. Frauen wurden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt. Lesbische Frauen und Mädchen galten als "entartet" und wurden als "asozial" und verrückt verfolgt und ermordet. Es wird ein Gedenkstein in Form einer Kugel niedergelegt, der muss danach wieder entfernt werden.

Verstörend ist für mich, dass nach wie vor von Homosexuellen-Initiativen versucht wird, dieses Gedenken zu verhindern. Warum lassen sich Betroffene voneinander trennen?

Am Abend habe ich die Diskussionsveranstaltung zum Thema besucht, da ich diese couragierte Initiative sehr gerne unterstütze. In diesem Zusammenhang ist mir das Sichtbarmachen von Frauen sehr wichtig.

Was habe ich mitgenommen?

Ich bin interessanten Frauen begegnet, jede mit ihrer eigenen Erinnerung im Gepäck. So unterschiedlich wir sind, so wichtig war uns das Gemeinsame. Wir haben uns zu Gesprächsrunden, die oft sehr temperamentvoll verlaufen sind, getroffen. Interessant und vertiefend war der gemeinsame Besuch der Ausstellung in der ehemali-



Maria Newald von der ÖLGR/F am Schwedtsee. Foto: B. Dewald

gen Kommandantur. Es gibt eine Fülle von Forschungsergebnissen und Informationen zu verarbeiten.

Der Raum mit der Vitrine, in der viele Bücher ehemaliger Häftlinge in den verschiedenen Sprachen ausgestellt sind, hat mich besonders fasziniert. Es beeindruckt mich immer von neuem, dass Überlebende nach der jahrelangen erlittenen Gewalt die Kraft gefunden haben, ihre Erinnerungen niederzuschreiben und als Zeitzeuginnen zu wirken. Ich werde nächstes Jahr wieder kommen, um diesen Ort abermals zu erkunden.

Eines habe ich (wieder) gelernt: Antifaschistisches Gedenken und Erinnern ist ein Prozess, der keinesfalls beendet ist. Es braucht viel Engagement von unten, politisches Wissen und solidarisches Handeln.

"Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben." (Primo Levi)

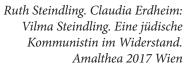
Susanne Empacher



Auch dieses Jahr sprach Siegrid Fahrecker, Enkelin einer ermordeten Ravensbrückerin, für die ÖLGR/F vor der Mauer der Nationen. Foto: Bernadette Dewald

Über Vilma Steindling

Lesung in Ravensbrück am 13. April 2019





Anlässlich des Generationentreffens und der Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück wurde ich vom pädagogischen Leiter, Matthias Heyl, eingeladen, aus der Biographie über meine Mutter zu lesen. Ich habe das Angebot mit großer Freude angenommen.

Meine Mutter, Vilma Geiringer (verh. Steindling), emigrierte bereits 1937 nach Paris, schloss sich der Résistance an und wurde nach langen Gefängnisaufenthalten nach Auschwitz deportiert. Sie überlebte eineinhalb Jahre Auschwitz, ging im eisigen Winter 1945 auf den Todesmarsch nach Ravensbrück, wo sie schließlich vom Schwedischen Roten Kreuz befreit wurde.

Es kamen sehr viele Leute zur Lesung. Ich habe über das Leben meiner Mutter erzählt und auch wichtige Textstellen aus dem Buch vorgelesen. Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse. Nach der Lesung wurden viele Fragen gestellt und einige Leute verwickelten mich danach in sehr spannende Gespräche.

Aus meiner Sicht war es eine sehr gelungene Veranstaltung. Ich habe auch später noch per Mail einige positive Rückmeldungen erhalten.

Für mich persönlich waren die drei Tage in der KZ-Gedenkstätte eine äußerst interessante und wichtige Erfahrung.

Ruth Steindling



Im Vordergrund die Französin Claude de Granrut mit Ruth Steindling. Foto: Bernadette Dewald

Das Ravensbrück-Komitee in Gorizia

Das Treffen des Internationalen Ravensbrück-Komitees (IRK) fand vom 29. Mai bis 2. Juni 2019 in Gorizia/Italien statt.

Wir (Vera Modjawer und Siegrid Fahrecker, die Delegierten der ÖLGR/F für das IRK) sind mit dem Zug nach Gorizia gereist. Es war eine sehr schöne, abenteuerliche Zugfahrt (zumal in Italien die Züge nicht immer planmäßig auf dem angegebenen Gleis zu finden waren).

Wir konnten heuer im Komitee neue Mitglieder aus gleich mehreren Ländern begrüßen, und zwar aus Dänemark, den Niederlanden, Slowenien, Ungarn (der erste männliche Vertreter im IRK) und Russland.

Neuer Vorstand

Und auch im IRK hatten wir dieses Jahr unsere Generalversammlung mit Neuwahlen. Für die nächsten vier Jahre sind folgende Frauen im Vorstand:

- ◆ Präsidentin: Ambra Laurenzi/Italien, Fotografin und Tochter der Überlebenden Mirella Stanzione.
- ◆ Vizepräsidentin: Hanna Nowakovska/Polen, Tochter einer ehemaligen Ravensbrückerin.
- ◆ Generalsekretärin: Jeanine Bochert/Deutschland, Enkelin einer ehemaligen Ravensbrückerin.
- ◆ Generalsekretärin Stellvertreterin: Sarka Kadlecova/ Tschechien, Enkelin einer Ravensbrückerin.
- ◆ Schriftführerin: Genevieve Zamansky-Bonnin/Frankreich, Tochter einer ehemaligen Ravensbrückerin.
- ◆ Schriftführerin Stellvertreterin: Anne Cordier/Frank-

reich, Tochter einer ehemaligen Ravensbrückerin.

- ◆ Schatzmeisterin: Marie-France Cabeza-Marnet/Frankreich, Mitglied der Französischen Amicale.
- ◆ Schatzmeisterin Stellvertreterin: Francoise Marchelidion/Frankreich, ebenfalls von der Französischen Amicale.

Neuigkeiten zur Befreiungsfeier 2020

Nach den vielen Neuigkeiten und Berichtigungen haben wir uns arbeitstechnisch bereits der großen Befreiungsfeier für April 2020 in Ravensbrück gewidmet. Als besonderen Diskussionspunkt mit der Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Insa Eschebach, möchte ich den Umgang mit den zahlreichen Bannern hervorheben – ein Problem, das noch vor der nächsten großen Feier klar geregelt werden sollte.

Insa Eschebach möchte gerne eine "Bannerstraße" herstellen (auf Tafeln oder am Zaun entlang der Jugendherberge) und würde damit bitten, die Banner in den zwei Stunden der Zeremonie nicht mitzutragen. Nur so könnten wir erfolgreich gegen die vielen (zu vielen) Fahnen der polnischen Delegation (siehe dazu unser Mitteilungsblatt 2018, Seite 4) friedlich ankommen, nach dem Motto: gleiches Recht für alle. Ausgenommen ist natürlich unser großer roter Winkel, der darf dabei sein.

Siegrid Fahrecker



Die "Winkelfahne" der ÖLGR/F (hier 2009 getragen vom Urenkel der ermordeten Ravensbrückerin Anna Lasser). Dabei handelt es sich um die Replik jener "Freiheitsfahne", die 1955 von der Ravensbrückerin Mitzi Bures aus echten roten Häftlingswinkeln zusammengenäht worden war. Foto: SylKo

"... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten"

Ausstellung zum Häftlingskrankenrevier des KZ Ravensbrück in der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte, Wien.



Literatur und (auto-) biografische Texte rund ums Thema Krankenreviere in Konzentrationslagern. Fotos: Marc Drews

Unter dem Titel "... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten. Die medizinische Versorgung durch Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück" wurde vom Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. in Deutschland eine Wanderausstellung gestaltet.

Informativ ...

Im Mittelpunkt der Ausstellung über das Krankenrevier im KZ Ravensbrück steht die Arbeit des medizinischen Häftlingspersonals. Sie behandelt Themen wie den Einsatz von Häftlingen als Ärztinnen und Pflegerinnen, die Krankheiten im Lager, Arbeitsunfälle, medizinische Verbrechen, Hygiene, KZ-Abteilung Lagerarzt, Geburtenabteilung, Pathologie, Gerichtsprozesse in Hamburg und in der Sowjetunion und vieles mehr.

... und endlich auch in Österreich!

Erstmals wurde die Wanderausstellung am 16. April 2016 in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück gezeigt und tourte anschließend durch Deutschland. Seit Oktober 2019 zeigen wir die Ausstellung in den Ausstellungsräumen der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien – **bis 20. März 2020** ist sie dort noch zu sehen!

Die Eröffnung der Ausstellung fand am Donnerstag,

den 17. Oktober 2019, statt, an der auch die Projektleiterin Karin Bergdoll, Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. in Berlin, sowie die Kuratorin zur Ausstellung, Dr. Christl Wickert, zu Idee und Inhalt der Ausstellung sprachen. Brigitte Halbmayr erörterte die Gründe, warum es der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück und FreundInnen so wichtig ist, diese Ausstellung in Wien zeigen zu können. Prof. Oliver Rathkolb, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte, spannte in seinen Grußworten den Bogen zu Rosa Jochmann und Käthe Leichter. Herr Mag. Stumpf und sein Team sorgten nicht nur für den reibungslosen Ablauf des Abends und das Wohl der zahlreichen BesucherInnen; sie hatten in der Vorbereitung der Schau großes Engagement im Bestücken der vier Schauvitrinen mit Büchern aus Bibliothekseigenen Beständen sowie die bestmögliche Geltendmachung der Schautafeln gesorgt - an dieser Stelle sei nochmals allen genannten Personen unser herzlichster Dank ausgesprochen!

Loretta Walz über Ilse Reibmayr

Im Begleitprogramm zur Ausstellung hatten wir im Dezember bereits Loretta Walz zu Gast, die ein berührendes und vielschichtiges Porträt der Häftlingsärztin Dr. Ilse Reibmayr aus der Steiermark zeichnete. Dabei ging

sie nicht nur auf den Verhaftungsgrund der Gynäkologin in Leoben und ihr Wirken im Geburtenblock im Konzentrationslager Ravensbrück ein, sondern vermittelte auch ihren in Ravensbrück entstandenen Traum, in Freiheit eine Arztpraxis aufzumachen und ein Geburtshaus einzurichten.

Besonders haben wir uns gefreut, dass an den bisherigen Veranstaltungen Familienangehörige und Menschen, die Ilse Reibmayr noch persönlich kannten, teilnahmen.

Kommendes Programm

Am 21. Jänner 2020 wird Herwig Czech über Österreichs ÄrztInnen im Nationalsozialismus referieren. Dabei spannt er den Bogen vom Jahr 1938, in dem viele jüdi-

sche Ärzte Berufsverbot erhielten, bis hin zu jenen Ärzten/Ärztinnen, die in den Konzentrationslagern Dienst taten oder in der Psychiatrie Menschen ermordeten. Gegen Ende der Ausstellungszeit, am 17. März, wird uns nochmals Christl Wickert beehren, die in einem Vortrag auf das Dilemma von Häftlingsärztinnen und -pflege-

rinnen genauer eingehen wird. Dieses Dilemma bestand darin, dass die Schwere und Anzahl der Erkrankungen und Verletzungen in keinem Verhältnis zu den unzureichenden Ausstattungen und Ressourcen auf den Krankenstationen stand.

Brigitte Halbmayr



Die Kuratorin Christl Wickert spricht zur Ausstellung. Foto: Marc Drews





Loretta Walz spricht über Dr. Ilse Reibmayr, österreichische Häftlingsärztin im Ravensbrücker Krankenrevier. Foto: Helga Amesberger

"... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten" Die medizinische Versorgung durch Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück

Ausstellung von 18. Oktober 2019 bis 20. März 2020 Fachbereichsbibliothek Zeitgeschichte Campus der Universität Wien, Spitalgasse 2-4, Hof 1.12, 1090 Wien

Eine Kooperation der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen (ÖLGR/F) mit dem Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. und dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien; gefördert vom Zukunftsfonds der Republik Österreich sowie vom Nationalsfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus.

Nachlese: Aus dem Dankschreiben von Prof. Oliver Rathkolb, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte

"Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte nochmals allen Rednerinnen und den Gestalterinnen der Ausstellung "... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten" im Namen des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien für die wirklich inhaltsreiche und gelungene Präsentation einer spannenden und gleichzeitig bedrückenden und aufwühlenden Ausstellung danken.

Ich bin sicher, dass die Besucher und Besucherinnen einen genaueren und auch emotionaleren Eindruck über das Sterben, Leben und Überleben im KZ Ravensbrück mitnehmen werden. Vor dem Hintergrund des wieder steigenden Geschichtsrevisionismus eine ganz zentrale Aufgabe der aktuellen politischen Bildung."

Theaterperformance "Lebenslang" im Theater Drachengasse

An jeweils drei aufeinanderfolgenden Tagen im Juni und November 2019 spielte Daniel Langbein sein Stück "Lebenslang" in der Drachengasse. Aufgrund der erfolgreichen Theaterperformance "Macht - Gelegenheit - Mörder" (2016) lud die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen (ÖLGR/F) Daniel Langbein erneut ein, sein neuestes Stück, in dem er sich abermals mit der Geschichte seines Großvaters Hermann Langbein, Überlebender, Chronist und Aufklärer des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, auseinandersetzt, auch in Wien zu zeigen. Dies wurde durch eine Förderung des Zukunftsfonds der Republik Österreich sowie des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus im Theater Drachengasse ermöglicht und in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands umgesetzt.

In dem Ein-Mann-Stück "Lebenslang", das Daniel Langbein 2017 im Zuge seines Engagements am Theater Junge Generation in Dresden entwickelt hat, spricht er Passagen aus einem Videointerview mit seinem Großvater nach. Die Tötungen im Auschwitzer Krankenbau, die Pflichten und Versuchungen eines Funktionshäftlings, die Internationalisierung und Hierarchisierung der Häftlingsgesellschaft, die gelungene Flucht und der Auftrag an sich selbst sowie die nachfolgenden Generationen sind die Themen, die zur Sprache kommen. Daniel erzählt zuerst alleine, dann gemeinsam mit seinem Großvater (Videoeinspielung), zuletzt erzählt dieser alleine. Dieses "Reenactment" sieht Daniel Langbein als Möglichkeit, auch andere Menschen zur Auseinandersetzung mit dem Gesagten einzuladen. Das Stück dauert nur 15 Minuten, sodass danach ausreichend Zeit für

ein moderiertes Gespräch bleibt, um Eindrücke, Standpunkte und Sichtweisen mit Daniel Langbein auszutauschen und zu diskutieren.

Waren zunächst nur fünf Aufführungstermine im Juni geplant, entschlossen wir uns aufgrund des großen Interesses und der positiven Rückmeldungen, im November weitere fünf Aufführungen anzubieten. Insgesamt sahen 314 Schülerinnen und Schüler und ihre LehrerInnen sowie 93 Erwachsene die Vorstellung. Im Anschluss an jede Performance hatte das Publikum die Möglichkeit, in einem moderierten Gespräch dem Schauspieler Daniel Langbein Fragen zu stellen.

Die Performance und die anschließenden Gespräche - die ModeratorInnen waren Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr vom Institut für Konfliktforschung sowie Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – brachten nicht nur den Überlebenskampf in Auschwitz, die Menschenverachtung und Schikanen der Lagerleitung sowie Glück und Last des Überlebens näher, sondern es konnten auch weitere Details erfragt und Unklarheiten geklärt werden. Darüber hinaus regte das Stück zum Nachdenken über eigene Werthaltungen und eigenes Handeln an, auch das war in den nachfolgenden Gesprächen häufig Thema. Mit dieser Veranstaltung konnte die ÖLGRF eine ihrer Aufgaben umsetzen, nämlich über die nationalsozialistischen Verbrechen aufzuklären und so einen Beitrag für "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" zu leisten.

Im Sinne dieses Auftrags sind wir am Überlegen, wie noch vielen weiteren Menschen die Möglichkeit geboten werden kann, sich mit dem Stück "Lebenslang" von und mit Daniel Langbein zu beschäftigen. Mehr dazu hoffentlich im nächsten Mitteilungsblatt.

Wir danken dem Theater Drachengasse sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit und Daniel Langbein für sein Theaterstück!

Brigitte Halbmayr

Stellungnahmen & Proteste der ÖLGR/F 2019

Gegen eine revisionistische EP-Resolution und für die Gemeinnützigkeit von antifaschistischer Vereinsarbeit.

Im Jahr 2019 erreichten uns einige besorgniserregende Neuigkeiten. Allen voran ist hier die Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) vom 19. September 2019 "Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas" (2019/2819(RSP)) zu nennen. Diese grundsätzlich wichtige Resolution zeugt von einem Geschichtsbild, das wir nicht unwidersprochen lassen wollten und konnten: Darin wird der Sowjetunion Mitschuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges gegeben und das nationalsozialistische mit dem kommunistischen Regime gleichgesetzt. Wir schlossen uns daher als Lagergemeinschaft den Stellungnahmen der FIR und des Internationalen Buchenwald Dora-Komitees an und versandten eine Protestnote an die österreichischen Abgeordneten des EU-Parlaments sowie an die Vorsitzenden der österreichischen Parlamentsparteien. Details dazu auf den folgenden Seiten. Die österreichischen EP-Abgeordneten stimmten alle mit Ausnahme von Monika Vana (Die Grünen) für diese Entschließung! Bis Redaktionsschluss erreichte uns leider keine Antwort von EP-ParlamentarierInnen. Für danach eingelangte Antworten siehe www.ravensbrueck.at

Ausdruck der zunehmenden Missachtung antifaschistischer Arbeit und ihrer Verunglimpfung als linke oder gar linksextreme Agitation ist auch der Akt der Deutschen Steuerbehörde, der VVN–BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) den Status der Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Grund dafür war eine Nennung

der VVN-BdA im Jahresbericht des bayrischen Verfassungsschutzes, der die Vereinigung als "linksextremistisch beeinflusst" sieht. Daraufhin wurde der VVN-BdA allerdings bundesweit die Gemeinnützigkeit entzogen. Was eine Aufforderung zur Steuernachzahlung im fünfstelligen Bereich nach sich zog – damit droht der VVN-BdA das Aus. Zudem sollte allen Vereinen, die nach Meinung der Finanzbehörde politisch aktiv sind, der Gemeinnützigkeitscharakter entzogen werden. Der deutsche Bundesfinanzminister, Olaf Scholz, hat dieses Vorhaben mittlerweile gekippt. Die Entscheidung über die VVN-BdA wurde jedoch nicht zurückgezogen!

Daher haben wir uns den Protestbekundungen angeschlossen, einen Brief an die deutsche Bundesregierung geschickt und unsere Solidarität über die Plattform #unteilbar bekundet. Nach wie vor werden auf dieser Plattform Unterschriften gesammelt für die Forderung, dass antifaschistische Arbeit gemeinnützig bleiben muss. Der auf Seite 14 abgedruckte offene Brief der Auschwitz- und Ravensbrück-Überlebenden Esther Bejarano führt eindrücklich vor Augen, dass die Aberkennung der Gemeinnützigkeit eine Missachtung der bisherigen Leistungen der VNN-BdA zur Demokratisierung Deutschlands und eine zukünftige Schwächung des Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist. Bitte unterzeichnen auf #unteilbar:

www.unteilbar.org/gemeinnuetzig/#unterzeichnen

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir beide Proteste.

An die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments



Die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen (ÖLGR/F) und die Österreichische Lagergemeinschaft Dachau (ÖLGD) sind von Überlebenden der beiden Konzentrationslager vor 70 Jahren gegründet worden. Unsere Lagergemeinschaften wurden mit dem Ziel begründet, über die Verbrechen der NS-Herrschaft aufzuklären, gegen jegliche rassistische und antisemitische Tendenz und Gewalt aufzutreten und den Opfern der mörderischen nationalsozialistischen Diktatur würdig zu gedenken. Als Mitglieder dieser Lagergemeinschaften fühlen wir uns nach wie vor diesen Zielen verpflichtet.

Die mit Ihrer Zustimmung verabschiedete Entschlie-

ßung des Europäischen Parlaments vom 19.09.2019 über die "Bedeutung der Erinnerung an die Europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas" stellt mit der Gleichsetzung von Nationalsozialismus, Kommunismus und Stalinismus sowie der Schuldverortung für den 2. Weltkrieg (auch) bei der Sowjetunion eine unerträgliche Beleidigung der Opfer des Nationalsozialismus dar. Diese Erklärung leugnet den Einsatz der Sowjetunion für die Zerschlagung des Nationalsozialismus und missachtet aufs Gröbste die unermüdlichen Bemühungen der Lagergemeinschaften für eine demokratische Gesellschaftsordnung.

Wir schließen uns den Stellungnahmen und Protesten

der FIR (Féderation Internationale Des Résistants – Association Antifasciste) und des Internationalen Komitee Buchenwald Dora sowie der italienischen Associazone Nazionale Ex Deporatati Nei Campi Nazisti (ANED, www.deportati.it/news/laned-il-parlamento-europeoritiri-la-risoluzione-sulla-memoria) vollinhaltlich an. Wir fordern daher den sofortigen Rückzug der Entschließung P9-TA-PROV (2019) 0021 und von Ihnen

als österreichische Abgeordnete im Europäischen Parlament alles daran zu setzen, dass dies geschieht.

Mag.a Bernadette Dewald, Obfrau der ÖLGR/F Univ.-Prof. Dr. Ernst Berger, Obmann der ÖLGD Wien, 9. November 2019

Eine schlimme Botschaft des Europäischen Parlaments



Am 19. September 2019 verabschiedete das EU-Parlament in Straßburg eine Resolution, in der es angeblich um die "Bedeutung der europäischen Vergangenheit (oder des europäischen Geschichtsbewusstseins) für die Zukunft Europas" ging. 535 Abgeordnete stimmten für diese Entschließung, 66 dagegen und 52 enthielten sich der Stimme.

Die FIR (Féderation Internationale Des Résistants – Association Antifasciste) und ihre Mitgliedsverbände können mit diesem Beschluss in keiner Weise einverstanden sein. Der Text der Erklärung zeigt nicht die Zukunft Europas, sondern ist ein ideologischer Rückfall in die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges, wie er in dieser Entschließung zum Ausdruck kommt, die auf Initiative der baltischen Staaten und Polens zustande kam. Entgegen aller wissenschaftlichen Erkenntnisse wird hier behauptet, dass erst mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt "die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt wurden".

Die Rekonstruktion der Ereignisse, die zum Zweiten Weltkrieg führten, ist verbohrt, voreingenommen, instrumentell und hat keinerlei wissenschaftliche Grundlage. Der Text setzt die Unterdrücker und die Unterdrückten, Opfer und Schlächter, Eindringlinge und Befreier gleich. Das ist grobe ideologische Propaganda, wie sie aus der schlimmsten Zeit des Kalten Krieges in Erinnerung ist.

Vollkommen absurd ist die Aussage in der Resolution, dass "es von entscheidender Bedeutung für die Einheit Europas und seiner Bürger und für die Stärkung des Widerstands Europas gegen die gegenwärtigen Bedrohungen von außen ist, dass an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime gedacht wird". Was soll die aktuelle externe Bedrohung sein, von der die Abgeordneten sprechen?

Zurecht beklagen sie einen neuen historischen Revisionismus. So verurteilen sie in einigen EU-Staaten die Verherrlichung von Menschen, die mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet haben. Gleichzeitig haben

sie jedoch das historische Narrativ derselben EU-Staaten übernommen, dass Russland angeblich historische Tatsachen verfälscht und die "Verbrechen des totalitären Regimes der Sowjetunion" leugnet.

Die FIR und damit alle Verbände der Überlebenden der faschistischen Verfolgung, die KämpferInnen gegen die nationalsozialistische Barbarei und alle AntifaschistInnen sagen Nein zu solchen historischen Fälschungen. Obwohl die Gefahr von Faschismus, Rassismus und Nationalismus zunimmt, wählt die Resolution eher den Weg der Spaltung als jenen einer verantwortungsvollen und energischen Einheit. Die FIR fordert das Europäische Parlament auf, seine eigene Autorität und Glaubwürdigkeit zu erläutern, zu schützen und zu bestätigen. Dazu gehört ein klares Zeichen für ein radikales Umdenken im Sinne jener Prinzipien, die zur Schaffung eines Vereinten Europas - ein Kind des Antifaschismus und jener Frauen und Männer, die sich gegen die nationalsozialistischen und faschistischen Regime gestellt haben geführt haben. Wir erinnern in dem Zusammenhang an die Eröffnungsrede des neuen Parlamentspräsidenten. Die FIR lehnt somit die Resolution des Europäischen Parlaments ab, in der Nazi-Faschismus und Kommunismus gleichsetzt und verurteilt werden. Diese Entschließung steht im völligen Gegensatz zur antifaschistischen und antirassistischen Entschließung vom 25. Oktober 2018.

Darüber hinaus erinnern wir an den Literaturnobelpreisträger Thomas Mann, der 1945 warnte:

"Den russischen Kommunismus mit dem Nazifaschismus auf die gleiche moralische Stufe zu stellen, weil beide totalitär seien, ist bestenfalls Oberflächlichkeit, im schlimmeren Falle ist es – Faschismus. Wer auf dieser Gleichstellung beharrt, mag sich als Demokrat vorkommen, in Wahrheit und im Herzensgrund ist er damit bereits Faschist und wird mit Sicherheit den Faschismus nur unaufrichtig und zum Schein, mit vollem Hass aber allein den Kommunismus bekämpfen."

23.9.2019, Presseaussendung, www.fir.at

Tief besorgt über die Resolution des Europäischen Parlaments



Erklärung des Internationalen Komitees Buchenwald Dora und Kommandos IKBD

Das Internationale Komitee Buchenwald Dora und Kommandos (IKBD) äußert seine tiefe Besorgnis über die Resolution P9_TA-PROV (2019)0021 des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas.

Unerträgliche Beleidigung

Das IKBD betrachtet den Text dieser ersten Resolution des neu gewählten Europäischen Parlaments (EP) über die historische Erinnerung für die Erziehung der Jugend und den Aufbau eines freien und demokratischen Europas als eine unerträgliche Beleidigung sowohl für die Opfer des Faschismus und Nazismus wie auch für die Erbauer eines friedlichen, demokratischen und freien Europas.

Zurecht zeigt sich die Resolution in ihrem letzten Teil besorgt über den Aufstieg von nationalistischem Fremdenhass in Europa und fordert das Verbot von neofaschistischen und neonazistischen Gruppierungen (Punkt 20). Sie betont zugleich, "dass die tragische Vergangenheit Europas auch künftig als moralische und politische Inspiration dienen sollte, sich den Herausforderungen der Welt von heute zu stellen, wozu der Kampf für eine gerechtere Welt, die Schaffung offener und toleranter Gesellschaften und Gemeinschaften, in denen ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten vertreten sind, und die praktische Umsetzung der europäischen Werte allen Menschen dienen" (Punkt 21).

Jedoch ist diese Resolution leider das Ergebnis ungesunder Kompromisse. Sie enthält abwegige und nicht akzeptable Argumente, die die historische Wahrheit entstellen.

Aus diesem Grund fordert das IKBD die sofortige Rücknahme der Resolution.

Unsere Argumente:

- 1) Das IKBD bedauert, dass diese Resolution des EP über die Bedeutung der europäischen Erinnerung zum Aufbau eines europäischen Geschichtsbewusstseins mit keinem Wort die entscheidende Resolution des EP vom 11. Februar 1993 zum europäischen und internationalen Schutz der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale erwähnt.
- 2) Das IKBD mahnt, dass der Hitler-Nazismus und der Stalin-Kommunismus keineswegs unter dem allgemeinen Begriff des "Totalitarismus" gleichgestellt werden dürfen. Gewisse EP-Abgeordnete scheinen zu vergessen,

dass ihre eigenen Länder – damals im Machtbereich des nazistischen Regimes - ihre eigenen Formen von Totalitarismus entwickelt haben: Finnland, Spanien, Portugal, Ungarn, Polen ... Das IKBD fordert, dass eine EP-Resolution zum europäischen Geschichtsbewusstsein die spezifischen Charaktere der nazistischen Ideologie nicht verschweigt: Rassismus, Antisemitismus, Völkermord an Juden/Jüdinnen und Sinti und Roma, Vernichtungsund Konzentrationslager, Mordstätten für behinderte Menschen - das waren die Grundpfeiler des Hitlerregimes. Dazu kommen die Massaker an slawischen Bevölkerungen und die Verschleppung zur Zwangsarbeit von Millionen von Männern, Frauen und Kindern nach Nazi-Deutschland und die besetzten Länder. Nicht zu vergessen: Aus dem Kampf gegen diese verbrecherische Ideologie entstanden die Vereinten Nationen (UN) nach 1945.

- 3) Im Gegensatz zur EP-Resolution (in Punkt 2) betrachtet das IKBD den deutsch-sowjetischen Pakt (Ribbentrop-Molotow) keineswegs als den Ursprung des 2. Weltkriegs. Auch andere Kausalitäten werden in diesem Text vernachlässigt: das Versailler Abkommen, die Wirtschaftskrise 1929. Verschwiegen werden die Wiederbesetzung des Saarlandes (1935), der Anti-Komintern-Pakt (November 1936), die Rom-Berlin-Achse (November 1936), der Anschluss Österreichs (März 1938), das Münchner Abkommen (September 1938), die Besatzung des Sudetenlandes (Oktober 1938) und der Einmarsch der Nazis in die Tschechoslowakei (März 1939).
- 4) Das IKBD bedauert den geringen Umfang, den das Leid Russlands in der Resolution einnimmt, beschrieben (in Punkt 15) "als das größte Opfer des kommunistischen Totalitarismus". Die Resolution vergisst, das Leid und die Verluste durch den deutschen Naziangriff im Westen und durch die japanischen Kräfte in deren Machtbereich zu benennen.
- 5) Das IKBD bedauert zutiefst, dass die Resolution den Völkermord und das Leid der Sinti und Roma schlicht und einfach auslässt und die Verfolgung von Homosexuellen ignoriert. Genauso ignoriert sie die politischen Verfolgungen, die Internierung und Deportation von Millionen von Menschen und deren grausame Ausbeutung in der nazistischen Kriegsindustrie.
- 6) Das IKBD erinnert daran, was ebenfalls nicht im Text der Resolution steht, dass nämlich zahlreiche deutsche KommunistInnen zu den allerersten KZ-Häftlingen gehörten. Ihr Andenken darf nicht in Vergessenheit geraten.

Die ehemaligen Häftlinge des Lagers Buchenwald und

seiner Außenkommandos haben diese beispiellosen Ereignisse und die spezifischen Seiten der nazistischen Ideologie am eigenen Leib erfahren.

Aus diesen Gründen

Und im Namen der überlebenden KZ-Häftlinge aller Nationen und der Opfer von Buchenwald und seiner 139 Außenkommandos,

Im Namen aller Opfer der Nazibarbarei,

lehnt das IKBD die Resolution des EP vom 19. September 2019 zur "Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas" als eine Beleidigung für die Erinnerung der Opfer und derjenigen, die für ein humanistisches Europa gekämpft haben, katego-

risch ab. Wenn sich nun der Aufbau eines besseren Bewusstseins für die Zukunft Europas auf der Denunzierung aller gestern wie heute begangenen Verletzungen der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheitsrechte "stützt", so erklärt das IKBD im Gegenteil, dass dies mit Respekt vor der historischen Wahrheit, ohne jeden erzwungenen Geschichtsvergleich und politisch motivierte Vermischungen geschehen muss.

Das Internationale Komitee Buchenwald Dora und Kommandos 8.10.2019 www.buchenwald-comite.org

Rechtssicherheit für antifaschistisches Engagement



Brief an den deutschen Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz

Wien, am 10. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,

Die "Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück" wurde von Überlebenden des Konzentrationslagers Ravensbrück gegründet. Ihre Mitglieder widmen sich seit mehr als 70 Jahren dem Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

Vor Kurzem mussten wir mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen, dass einer der in der antifaschistischen Arbeit engagiertesten Organisationen – die VVN–BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) der Status der Gemeinnützigkeit durch die Steuerbehörden des deutschen Staates entzogen wurde.

Wir weisen hier nachdrücklich auf die historische Bedeutung dieser Vereinigung hin, die bereits seit 1947 tätig ist und schließen uns in diesem Fall der Haltung des Internationalen Auschwitzkomitees an, deren Exekutiv-Vizepräsident Christoph Heubner diese Entscheidung als Skandal bezeichnete, mit dem "Deutschlands Ansehen beschädigt und das gemeinsame Engagement gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus erheblich geschwächt" wird. Es ist politisch nicht vertretbar, dass die Arbeit, mit der über Jahrzehnte junge Menschen für demokratische Anliegen sensibilisiert und zum Auftreten gegen faschistische / nationalsozialistische Strömungen aktiviert wurden, auf Grund der tendenziösen Einschätzung des bayrischen Verfassungsschutzes derart desavouiert und behindert und die Vereinigung existenzgefährdend zur Kasse gebeten wird. Wie der Beauftragte der Jüdischen Gemeinde gegen Antisemitismus, Sigmount A. Königsberg, bereits ausgeführt hat: Es ist nicht hinnehmbar, wenn der Staat demokratisches Engagement gegen Rechtsradikale und Nazis sanktioniert. Wie wir den deutschen Medien entnehmen konnten, haben Sie bereits Schritte gesetzt, Ihr Vorhaben, politisch engagierten Vereinen die Steuervorteile zu streichen, wieder zu verwerfen.

Diesen Schritt begrüßen wir.

Diese Entscheidung muss aber auch und erst recht für die VVN-BdA gelten!

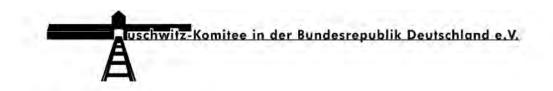
Wir fordern Sie daher auf, den Appell der Auschwitzund Ravensbrück-Überlebenden Esther Bejarano ernst zu nehmen und ihrer und der Forderung von vielen PolitikerInnen zu folgen, ALLES zu tun, um diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Denn was kann gemeinnütziger sein als der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus? Ein weiteres Erstarken der rechtsextremen Gruppierungen zu unterbinden, muss vordringliches Anliegen aller demokratisch gesinnten Menschen und v.a. auch aller demokratischen PolitikerInnen sein.

Darüber hinaus fordern wir Sie auf, Rechtssicherheit für alle im Antifaschismus engagierten politisch aktiven Vereine zu schaffen. Antifaschistisches Engagement darf nicht zu einer extremistischen Tat umgedeutet werden!

Mit antifaschistischen Grüßen Mag.a Bernadette Dewald Für die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen

Der Brief wurde auch an Fraktionen im deutschen Bundestag, an Medien und Freundeskreise weitergeleitet.



Offener Brief an den Bundesminister der Finanzen

25. November 2019

Was ist gemeinnützig? Zur Entscheidung eines Finanzamtes

Sehr geehrter Herr Minister Scholz, seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik?

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle.

"Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden", hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet. Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss! Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten "als Denkmal der Schande" sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als "Vogelschiss in deutscher Geschichte" bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrendenkmünze in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundespräsident mir das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein "Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus", für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie:

Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen?

Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN–BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen Esther Bejarano

Vorsitzende Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Generalversammlung der ÖLGR/F

An der diesjährigen Generalversammlung der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen (ÖLGR/F) am 11. Juni 2019 in Wien nahmen insgesamt 13 Mitglieder teil.

Auf der Tagesordnung stand u.a. eine Änderung der Statuten in zwei Paragrafen (§ 11 Schiedsgericht und § 12 Vereinsauflösung), die uns von der Vereinspolizei aufgetragen wurde, da die bisherige Fassung nicht den geforderten Bestimmungen entsprach. Die Neuformulierung der beiden Paragrafen wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen (und kurz darauf auch von der Vereinspolizei akzeptiert).

Nach den weiteren auf einer Generalversammlung üblichen Tagesordnungspunkten (Tätigkeitsbericht, Kassabericht, Bericht der Kontrolle und Entlastung des Vorstandes, der Kassierin und der Kontrolle durch die Generalversammlung) erfolgte die Neuwahl des Vorstands mit diesem Ergebnis:

Vorstand:

Obfrau: Bernadette Dewald
1. Obfrau-Stv.: Brigitte Halbmayr
2. Obfrau-Stv.: Vera Modjawer
Kassierin: Helga Amesberger
Kassierin-Stv.: Maria Newald

Sekretärin: Hannelore Stoff Sekretärin-Stv.: Heldis Stepanik

Kontrolle:

Siegrid Fahrecker Sylvia Köchl

Bundesländerbeirat:

Inge Fiedler Hilde Röhheuser Dora Kupper Elfriede Schober

Anschließend wurden **Grußbotschaften** von Svjetlana Hromin-Heidler, Hugo und Hanno Salzmann und von Heike Rode (Initiative Uckermark) verlesen; Werner Pikalo überbrachte Grüße des KZ-Verbandes und der Sozialistischen Freiheitskämpfer aus Kärnten. Siegrid Fahrecker berichtete über das Treffen des Internationalen Ravensbrück-Komitees 2019 in Gorizia/Italien (siehe Seite 6).

Schließlich gedachten wir der seit der letzten Generalversammlung (1. Juli 2017) Verstorbenen:

Irma Trksak (2.10.2017 – 11. Juli 2017) Maria Cäsar (13.9.1920 – 1.9.2017)

Prof. Rudolf Gelbard (4.12.1930 - 24.10.2018)

Stefanie Cudy (21.6.1934 – 1.6.2019)

Tätigkeiten 2019 der ÖLGR/F

13.–15. April: Auch im Jahr 2019 nimmt eine Gruppe von ÖLGR/F-Mitgliedern an den Befreiungsfeiern in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück teil (Seite 3).

13. Mai: Protestbrief an Bundeskanzler Sebastian Kurz: Grazer SPÖ-PolitikerInnen unterbrechen die für ihre Maifeier engagierte Coverband, als sie einen Song des für seine deutlichen Anklänge an rechtes und rechtsextremes Gedankengut bekannten Andreas Gabalier anstimmen. Gabalier bezeichnete diese für antifaschistisch denkende Menschen selbstverständliche Ablehnung als "Zensur und Faschismus in seiner reinsten Form". Die ÖLGR/F gibt ihrer Bestürzung darüber Ausdruck, dass der Bundeskanzler Partei für Gabalier ergreift.

29. Mai – 2. Juni: Siegrid Fahrecker und Vera Modjawer nehmen am IRK-Treffen in Gorizia/Italien teil (Seite 6).

11. Juni: Generalversammlung (siehe oben).

12.–19. Juni & 12.–14. November: Daniel Langbeins Theaterstück *Lebenslang* wird auf Initiative der ÖLGR/F im Theater in der Drachengasse gezeigt (Seite 9).

Juni: Wir beteiligen uns an der Petition an den Wiener Gemeinderat: "Welche Helden?" Auf Kriegerdenkmälern sollen gefallene Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht als "Helden" bezeichnet werden.

18. Oktober 2019 – 20. März 2020: Ausstellung: "... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten" Die medizinische Versorgung durch Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück. Auf Einladung der ÖLGR/F wird diese Wanderausstellung nun in Wien gezeigt (Seite 7).

24.–26. Oktober: Vera Modjawer, österr. Delegierte zum Internationalen Ravensbrück-Komitee, nimmt an einem Werkstattgespräch in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (MGR) teil. Thema sind die Ende der 1980er Jahre von den Überlebenden gestalteten nationalen Gedenkräume im ehemaligen Bunker. Die MGR ist der Meinung, dass sich das Geschichtsbild und die Gestaltung der Gedenkräume als "diskussionswürdig" erwiesen hätten. Die MGR steht vor der Frage, wie mit den Räumen künftig umzugehen ist. Die ÖLGR/F will die Gedenkräume erhalten und schlägt einen eigenen Raum für aktualisierte Erinnerungspolitik vor.

November: Protestnote an die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments bezüglich der Resolution "Bedeutung der Erinnerung an die Europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas" und die Aufforderung, sie sofort zurückzuziehen. Mit der Stellungnahme gegen die Resolution schließen wir uns den Protesten der FIR (Féderation Internationale des Résistants – Association Antifasciste), des Internationalen Komitees Buchenwald Dora sowie der italienischen Associazone Nationale Ex Deporatati Nei Campi Nazisti (ANED) vollinhaltlich an. (Dokumentation des Protestes ab Seite 10)

Dezember: Protest gegen die Entscheidung der deutschen Finanzbehörde, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. (Dokumentation ab Seite 13)

Tätigkeiten 2019 von Aktivistinnen

- 21. März: Die Ausstellung "Asozial" Ausgrenzung gestern und heute, konzipiert von Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr am Institut für Konfliktforschung, wird an der Karl-Franzens-Universität in Graz, an die das Institut für Konfliktforschung im Conflict-Peace-Democracy-Cluster (CPDC) angebunden ist, eröffnet und ist dort bis Anfang Mai zu sehen. Danach wird sie in weiteren österreichischen Städten und ab März 2020 im BesucherInnenzentrum der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück gezeigt, bei der Befreiungsfeier ist sie in der ehemaligen Schneiderei zu sehen. (Seite 20)
- **13. April:** Lesung von Ruth Steindling aus ihrem gemeinsam mit Claudia Erdheim verfassten Buch *Vilma Steindling. Eine jüdische Kommunistin im Widerstand* während der Befreiungsfeier in Ravensbrück (Seite 5)
- **12. und 24. Juni:** Buchpräsentationen von "*Arbeitsscheu und moralisch verkommen*". *Verfolgung von Frauen als "Asoziale" im Nationalsozialismus* von Helga Amesberger, Brigitte Halbmayr und Elke Rajal im W23 und in der Hauptbücherei Wien.
- **14. Juni:** Brigitte Halbmayr spricht im Kunstverein Baden bei der Präsentation der Soundinstallation *412 Namen* der Künstlerin Rosa Andraschek über die 412 in das Mauthausener Außenlager Hirtenberg verschleppten Frauen, darunter Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück.
- 19. Juni 3. November: Die Wanderausstellung Vernichtungslager Malyi Trostenez wird im Haus der Geschichte gezeigt. Die Ausstellung tourt seit 2015 durch verschiedene deutsche Städte. In einem kleinen Teil der Ausstellung werden die 9.757 österreichischen Opfer thematisiert. Waltraud Barton besuchte uns im Jänner 2018 und stellte den von ihr ins Leben gerufenen Verein IM-MER/Maly Trostinec erinnern vor (siehe Mitteilungsblatt 2018, Seite 21). Ihren unermüdlichen Bemühungen ist es zu verdanken, dass die Ermordeten, an die kein Grabmal erinnerte, dem Vergessen entrissen wurden. Am 28. März 2019 wurde in Minsk das "Massiv der Namen" unter Anwesenheit von Bundeskanzler Kurz und dem weißrussischen Präsidenten Lukaschenko eingeweiht. Das Mahnmal wurde von der österreichischen

Bundesregierung in Auftrag gegeben und war in der Ausstellung als Modell zu sehen.

- **2. August:** Teilnahme am 75. Gedenkentag an den Genozid an Roma und Sinti am Ceija Stojka-Platz.
- 10. Oktober 16. Jänner 2020: Vortragsreihe "Asozialität" und politische Bildung Kontinuitäten der Stigmatisierung von vermeintlich "Leistungsunwilligen", konzipiert von Helga Amesberger, Brigitte Halbmayr und Judith Goetz, an der Universität Wien.
- **16. Oktober:** Buchpräsentation von Veronika Duma in der Arbeiterkammer Wien: *Rosa Jochmann. Politische Akteurin und Zeitzeugin* (siehe Seite 18)
- **26. Oktober:** Teilnahme am Deserteursgedenken am Ballhausplatz und beim Militärschießplatz Kagran.
- **7. November:** Teilnahme am *Light for Hope Gedenk-marsch* zur Pogromnacht 1938
- **9. November:** Teilnahme am Gedenken am Aspangbahnhof an die Deportationen jüdischer Menschen in die Vernichtungslager.
- **10. November:** Buchpräsentation von: *Meine Mama war Widerstandskämpferin. Netzwerke des Widerstandes und dessen Bedeutung für die nächste Generation* von Helga Amesberger, Simon Clemens und Brigitte Halbmayr im Rahmen der Buch Wien (siehe Seite 17).
- **29. November:** Premiere des Films über die ehemalige Euthanasieanstalt Mauer-Öhling *Die Mauer des Schweigens* im Cineplex Amstetten. Dieser Film wurde von SchülerInnen der Krankenpflegeschule Amstetten im Rahmen eines Sparkling Science Projekts (2018–2019) erarbeitet. Bernadette Dewald hat sie dabei in filmtechnischen Fragen betreut und beraten.

Vorschau Jänner 2020: Sa, 18.1.2020, 14 Uhr, Baumgasse 39, 1030 Wien, Gedenktafel am Rabenhof: antifaschistische Kundgebung des Personenkomitees Grete Jost: Niemals vergessen – Erinnern für die Zukunft.

Die Demokratie verteidigen

Was das Buch "Meine Mama war Widerstandskämpferin" mit 100 Jahren Republik zu tun hat.



Am Anfang dieses Buches stand eine Projektausschreibung der Stadt Wien, konkret der Kulturabteilung Wien zum Thema "Republik in Österreich – Demokratie in Wien. 100 Jahre Gegenwart, Geschichte und Zukunft". Brigitte Halbmayr und ich beschäftigen uns mittlerweile seit zwei Jahrzehnten mit der Verfolgung von Österreicherinnen im Nationalsozialismus (mit Fokus auf das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück) und daher war es naheliegend, die Bedeutung des Widerstands gegen das Naziregime für den Demokratisierungsprozess in den Vordergrund unseres Beitrags zum Republikjubiläum zu stellen.

Da gleichzeitig im allgemeinen Bewusstsein und auch in der Widerstandsforschung der Widerstand meist männlich gedacht wird, wollten wir das Augenmerk auf die Rolle von Frauen legen. In den Mittelpunkt stellten wir daher Irma Trksak, Barbara Eibensteiner und Gertrude Horn. Alle drei Frauen waren in unterschiedlichen Netzwerken des kommunistischen Widerstands aktiv. Wir wollen mit diesem Buch auch gängige Stereotype hinterfragen und Wahrnehmungsverzerrungen ebenso sichtbar machen wie die Leistungen der Widerstandskämpferinnen. Als eine dieser Wahrnehmungsverzerrungen identifizieren wir beispielsweise die Behauptung, dass Frauen lediglich als Helferinnen und Unterstützerinnen der männlichen Widerstandskämpfer fungierten.

Zahlenmäßig betrachtet, ist der Überhang an Männern gegeben, gleichwohl ist zu bedenken, dass ebenfalls nur eine Minderheit der männlichen Widerstandskämpfer in führender Position aktiv war. Auch waren die wenigsten Männer im bewaffneten Widerstand tätig.

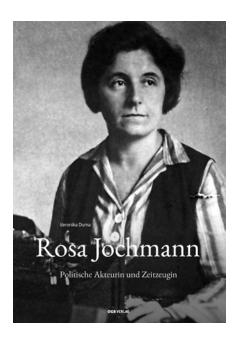
Ein weiteres Anliegen des Buches ist es, dem langen Schatten der nationalsozialistischen Diktatur und deren Verbrechen nachzuspüren. Wir tun dies auf zweierlei Weise: Zum einen, indem wir den Auswirkungen der Verfolgungserfahrung – sei es in Bezug auf die Gesundheit, die weitere politische Betätigung oder in Bezug auf die Familiengründung und eben auch auf ihre Haltung zur Demokratie – nachgehen. Zum anderen spannten wir den Bogen zu den Nachgeborenen. In Interviews und einer Gruppendiskussion mit Kindern von Widerstandskämpferinnen gingen wir der Frage nach, ob die Widerstandstätigkeit und Verfolgung der Mütter zu Hause ein Thema war, wie sich dies im Aufwachsen niederschlug und welchen Einfluss sie der Geschichte der Mütter auf ihr eigenes politisches Denken beimaßen.

100 Jahre nach der Gründung der Ersten Republik verlieren - nicht nur in Österreich, aber auch hier - demokratische Regierungsformen immer mehr an Unterstützung; der Ruf nach dem "starken Mann" wird zunehmend lauter; Menschenrechte werden in Frage gestellt und beschränkt. Die Beschäftigung mit Widerstand bietet u.E. die Gelegenheit, sich mit Demokratie, demokratischen Rechten sowie den Folgen von Diktaturen auseinanderzusetzen. Wir wollten aber keine Heldinnenerzählung schaffen. Vielmehr soll die Nachzeichnung von Widerstandsnetzen die eigenen Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten im Heute bewusst machen. Wir wollen damit zeigen, dass ein Auflehnen gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und die Beschneidung demokratischer Strukturen früh beginnen muss. Sind demokratische Strukturen einmal abgeschafft, kann Widerstand nur mehr wenig ausrichten; auch das zeigt unsere Analyse. Diese Geschichten können beispielgebend und Ermunterung sein und vor allem ein Bewusstsein für den Wert einer demokratischen politischen Kultur schaffen.

Helga Amesberger

Helga Amesberger, Brigitte Halbmayr und Simon Clemens: Meine Mama war Widerstandskämpferin. Netzwerke des Widerstands und deren Bedeutung für die nächste Generation. Picus Verlag, 2019

Rosa Jochmann. Politische Akteurin und Zeitzeugin



Rosa Jochmann (1901–1994) war in Österreich, aber auch über die Landesgrenzen hinaus, eine prominente Person des öffentlichen Lebens: Sie war als "Grande Dame" der Sozialdemokratie, Zeitzeugin, ehemalige Widerstandskämpferin und Überlebende des nationalsozialistischen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück bekannt, die sich Zeit ihres Lebens für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus engagierte (1).

Zu Rosa Jochmanns Leben existieren mehrere Veröffentlichungen in Form von Ehrungen, Jubiläumsschriften oder kürzeren Arbeiten. Trotz ihrer Bekanntheit lag eine umfassende biografische Arbeit bisher nicht vor. Meine Biografie verortet Rosa Jochmann in der österreichischen Geschichte sowie in den gesellschaftspolitischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts aus geschlechterhistorischer Perspektive. Dabei blicke ich auf Jochmanns politisches Frauen- und Freundinnennetzwerk in der Zwischenkriegszeit, auf jene Epoche, die von der Etablierung des (Austro-)Faschismus und Nationalsozialismus geprägt war, auf die Nachkriegszeit und den Kalten Krieg sowie auf ihre Rolle als Politikerin und Zeitzeugin.

Aktiv in fünf politischen Systemen

Rosa Jochmanns Lebensgeschichte durchlief fünf politische Systeme und Regime: die Habsburgermonarchie, die Erste Republik, den Austrofaschismus, den Nationalsozialismus und die Zweite Republik. Geboren 1901, verstorben 1994 erreichte Rosa Jochmann das hohe Alter von 93 Jahren. Aufgewachsen in einer Wiener-Tschechischen Arbeiter_innenfamilie als viertes von sechs Kindern, von denen nur sie und ihre zwei jüngeren Schwes-

tern das Erwachsenenalter erreichten, arbeitete sie ab dem 14. Lebensjahr als Hilfsarbeiterin in verschiedenen Fabriken. Bald wurde sie als Betriebsrätin aktiv, trat in die Gewerkschaft und schließlich in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) ein.

In der Zwischenkriegszeit war sie Teil eines Frauen- und Freund_innennetzwerkes, in dem Sozialdemokrat_innen ihrer Generation wie z.B. Rudolfine Muhr, Hella Postranecky, Maria Emhart oder Frieda Nödel aktiv waren. Die Frauen standen in Verbindung zu älteren weiblichen Parteimitgliedern, den "Sozialdemokratinnen der ersten Stunde", wie Leopoldine Glöckel, Adelheid Popp oder Therese Schlesinger, ebenso wie zur sozialistischen Wissenschaftlerin Käthe Leichter und ihrem Umfeld. Ein wichtiger Bezugspunkt für Rosa Jochmann war das Rote Wien, dessen Aufstieg und Fall sie als politische Akteurin erlebte. Als Funktionärin, die an den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft glaubte und die sich am Ideal der "neuen Frau" orientierte, bedeuteten die rechte und faschistische Politik, die gegen das Rote Wien in Stellung gebracht wurde, einen umfassenden Angriff auf ihre Lebenswelt.

Nach der Niederschlagung der Februarkämpfe 1934 leistete sie im Rahmen des Frauennetzwerkes Widerstand gegen (Austro-)Faschismus und Nationalsozialismus. Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei 1934 wirkte Rosa Jochmann unter falschen Namen, bekleidete hohe Funktionen in der klandestinen Nachfolgeorganisation der SDAP, den Revolutionären Sozialisten (RS), wurde 1934 festgenommen, angeklagt und zu über einem Jahr Gefängnis verurteilt. Dennoch blieb sie politisch aktiv.

Solidarisch im KZ und darüber hinaus

Nach dem sog. "Anschluss" wurde Rosa Jochmann von der Gestapo verhaftet und schließlich 1940 in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück im norddeutschen Brandenburg deportiert. Die existenziellen Erfahrungen der Haft prägten sie ihr Leben lang. Im Konzentrationslager nahm Rosa Jochmann die Position der Blockältesten des "politischen Blocks" ein, wurde Teil des sog. Systems der Funktionshäftlinge und bewegte sich somit im prekären Bereich zwischen "Widerstand und Kollaboration". Die Bildung von Solidar- und Unterstützungsnetzwerken und die Praxis des Organisierens stellten ein zentrales Element des Widerstandes im Konzentrationslager dar. Der Zusammenhalt der "politischen Häftlinge" war eine soziale und moralische Ressource für das Überleben. Bis an ihr Lebensende erhielt Rosa Jochmann Dankesbriefe von ehemaligen "Lagerkameradinnen" und "Lagerkindern" für ihre Hilfe in Ravensbrück. Eine besonders enge Unterstützungs- und Solidargemeinschaft stellte Rosa Jochmanns Beziehung zur deutschen Kommunistin Cäcilie Helten dar, die auch nach der Befreiung eine zentrale Bezugsperson in ihrem Leben blieb und mit der sie von 1962 bis zum Tod Heltens 1974 in Wien zusammenlebte.

Nach der Befreiung bemühte Rosa Jochmann sich sehr darum, die internationalen Verbindungen zu den ehemaligen Mitgefangenen aufrechtzuerhalten. Das Frauen- und Freund_innennetzwerk hat sich nach 1945 vor allem um ehemalige "Lagerkameradinnen", international und parteiübergreifend erweitert. Trotz verschärfter politischer Spannungen im Kalten Krieg versuchte Rosa Jochmann, die Kontakte nicht abreißen zu lassen. Zeit ihres Lebens setzte sie sich für die Opfer des Nationalsozialismus ein, zugleich war sie selbst Überlebende und vom Trauma der KZ-Haft begleitet.

Niemals geschwiegen

Im Jahr 1967 legte sie ihre politischen Funktionen – als Nationalrätin, Mitglied des Parteivorstandes und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende – zurück und fokussierte auf die Arbeit im Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer (BSF), im Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) und in der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück (ÖLGR).

Mit ihrer Geschichtspolitik trat Rosa Jochmann gegen eine Marginalisierung des Gedenkens an die Konzentrationslager, an den Widerstand und gegen eine Marginalisierung von Frauen in der Geschichtsschreibung an. Als öffentliche Person und Zeitzeugin hat sich Rosa Jochmann die "Verpflichtung" gegenüber den Ermordeten auferlegt, "niemals zu schweigen".

Der geschichtspolitische Wandel in den 1970er- und 1980er-Jahren, die "Geburt des Zeitzeugen", eröffnete für Rosa Jochmann einen neuen Raum des Erzählens und des Gehört-Werdens, des Sprechens über die nationalsozialistische Vergangenheit jenseits aktiver Parteipolitik. Als Zeitzeugin bewegte sie sich stets vor dem Hintergrund der vergangenheitspolitischen Diskurse der Zweiten Republik, zugleich prägte sie diese mit. Sie repräsentierte eine Stimme gegen das Vergessen, das Verdrängen und das Relativieren.

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen wie dem Erstarken rechter Parteien und Bewegungen, gewinnt der Blick auf die Zeit zwischen den zwei Weltkriegen, die von der Weltwirtschaftskrise, dem Aufstieg autoritärer Kräfte und dem Ende der Demokratie geprägt war, erneut an Relevanz. Ebenso erneut relevant ist die Frage, inwiefern patriarchale Strukturen und eine hierarchische Ordnung der Geschlechter einen zentralen Bestandteil autoritärer Herrschaftsformen darstellen. Zugleich wird im Zusammenhang mit dem Aufstieg rechter Kräfte deutlich, wie angefochten das Feld der Vergangenheitspolitik ist, in dem sich demokratische

Gesellschaften mit autoritären Vorgängersystemen auseinandersetzen.

Immer mitgestaltet

In diesem Sinne ist Rosa Jochmann mehr als "nur" eine historische Figur. Ihr Leben ist zugleich eine Mahnung für die Notwendigkeit des demokratischen, emanzipatorischen, feministischen, und sozialen Engagements und der Kämpfe für eine bessere und gerechtere Welt. Rosa Jochmanns Biografie zeigt, dass die Frage von (politischen) Handlungsräumen und Geschlechtergerechtigkeit eng mit den Rhythmen von und Kämpfen um (Ent-) Demokratisierung in allen Lebensbereichen verbunden ist.

Rosa Jochmann erlebte als historische Akteur_in nicht nur diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen, sondern intervenierte und analysierte sie, ebenso wie sie in der Zweiten Republik die Vergangenheitspolitik aktiv mitgestaltete. Sie war politische Akteurin und Zeitzeugin eines beinahe ganzen Jahrhunderts.

Veronika Duma

(1) Rosa Jochmann hatte zahlreiche Funktionen inne: Sie war Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes (1933–1934 und 1945–1967), SPÖ-Nationalratsabgeordnete (1945–1967), SPÖ-Bundesfrauensekretärin (1945–1959), ab 1951 stv. Bezirksparteivorsitzende der SPÖ in Simmering, SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende (1959–1967), Vorsitzende des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus (1949–1990, ab 1992 Ehrenvorsitzende), Obfrau der Lagergemeinschaft Ravensbrück (1984–1994) sowie Vizepräsidentin und Vorstandsmitglied des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (1963–1994).





"asozial"

Ausgrenzung gestern und heute



In den Jahren 2017/2018 haben wir, Helga Amesberger, Brigitte Halbmayr und Elke Rajal, am Institut für Konfliktforschung ein Forschungsprojekt zum Thema "Asozial" im Nationalsozialismus und die Fortschreibung im Nachkriegsösterreich durchgeführt. Ausgangspunkt dabei war, jenen Frauen nachzugehen, die unter der Kennzeichnung "asozial" im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück sowie im benachbarten Jugendkonzentrationslager Uckermark inhaftiert waren.

Eine Spurensuche und viele Fragen

Im Projekt gingen wir auf Spurensuche einer Gruppe, über die bislang sehr wenig geforscht wurde, man könnte sagen: die auch in der Forschung tabuisiert oder zumindest lange Zeit vernachlässigt wurde und dementsprechend wenig Wissen über sie vorhanden ist. Diese Verfolgtengruppe passte, ähnlich wie die Gruppe der als "Kriminelle" Verfolgten, nicht ins Bild der bislang dominanten Opfergruppen, die entweder aufgrund heroischer Widerstandstaten oder rassistischer Verfolgung ins Konzentrationslager kamen. Damit agierte die Forschung ähnlich wie die Lagergemeinschaften, der Gesetzgeber oder die staatliche Verwaltung und stützte die Zuschreibung, die als "asozial" bzw. "kriminell" stigmatisierten hätten ihre KZ-Haft selbst verschuldet, sie seien "zu recht" im KZ gewesen.

Wir fragten uns in diesem Forschungsprojekt: Wer waren die Frauen, die als "Asoziale" punziert und mit schwarzem Winkel versehen im KZ Ravensbrück inhaftiert waren? Was waren die konkreten Verfolgungsgründe, wie ihr Weg ins KZ, wie viele von ihnen kamen aus Österreich? Was waren die Überlebensbedingungen und was lässt sich über das Leben nach der Befreiung aussagen?

Und davor noch: was bedeutet überhaupt "asozial"? Welche Zuschreibungen umfasst dieser Begriff? Was bewirkten sie? Auf welcher rechtlichen Grundlage und zu welchem politischen Ziel? Welche Maßnahmen wurden gegen derart stigmatisierte Frauen ergriffen? Und wer von ihnen kam in ein Konzentrationslager – und warum? Gab es typische Verfolgungswege, die in einem KZ endeten? Und was geschah mit jenen, die nicht in ein Konzentrationslager kamen, aber ebenfalls als "asozial" stigmatisiert waren?

Publizieren und zeigen

Die Forschungsergebnisse zu diesen Fragen haben wir zum einen in der Publikation "Arbeitsscheu und moralisch verkommen" Verfolgung von Frauen als "Asoziale" im Nationalsozialismus aufbereitet.

Zum anderen haben Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr unter dem Titel "asozial" –Ausgrenzung gestern und heute eine Wanderausstellung gestaltet, die knapp, nachvollziehbar und anschaulich auf die wesentlichsten Aspekte der Verfolgung von Frauen als "Asoziale" eingeht. Auf insgesamt 14 Tafeln erörtern wir die zentralen Zuschreibungen von "Asozialität", die rechtlichen Grundlagen, behördliche Routinen und Verfolgungswege; Zwangssterilisationen und Verfolgung von Jugendlichen; die Arbeitsanstalten für "asoziale" Frauen sowie die Überlebensbedingungen für "Asoziale" in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Uckermark; zudem bringen wir zwei Porträts von als "asozial" verfolgten Frauen.

Besonders wichtig war und ist es uns, den Gegenwartsbezug der Stigmatisierung und Diskriminierung von sozialen Randgruppen zu betonen. Die Benennung von Menschen bzw. Menschengruppen als "anders" und deren Abwertung als "fremd" und "unzugehörig" – aufgrund ihres Verhaltens, ihrer Moral, ihrer Herkunft, ihrer ökonomischen Möglichkeiten, ihrer Religion, ihres Geschlechts etc.– begegnet uns auch heute; auch heute gilt, dass den gesellschaftlichen und politischen Diskursen rasch Taten folgen können, die ausgrenzend wirken und so die Gesellschaft spalten. Dabei kamen wir nicht umhin, politische Vorhaben bzw. deren tatsächliche Umsetzung als Beispiele heranzuziehen.

Die Ausstellung beginnt ihre Wanderung

Die Ausstellung wurde am 21. März im Foyer der Rechts-

und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz eröffnet, wo sie gut einen Monat zu sehen war. Anfang September bis Ende Oktober konnten wir sie in Wien zeigen, und zwar zuerst in der Aula am Campus der Universität Wien im Rahmen der 16. Tagung der Kriminologischen Gesellschaft, daraufhin wanderte sie in die Aula der Juridischen Fakultät (Juridicum) der Universität Wien. Anfang November war sie beim 3. Internationalen Menschenrechtssymposium in St. Georgen/Gusen und Mauthausen, veranstaltet von der Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen, zu Gast. Im Dezember wurde die Ausstellung während der 16 Tage gegen Gewalt gegen Frauen in Linz gezeigt, und zwar an der Kunstuniversität Linz und in Kooperation mit dem Frauenbüro der Stadt Linz, der Johannes Kepler-Universität Linz sowie der Kunstuniversität Linz.

Vorschau auf das Jahr 2020

Im Jahr 2020 ist die Ausstellung an folgenden Orten zu sehen: Im Jänner auf Einladung der Abteilung Zeitgeschichte sowie des Universitätszentrums für Frauen- und Geschlechterstudien (UFZG) der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und des Slowenischen wissenschaftlichen Instituts in Klagenfurt; eröffnet wird am 14. Jän-

ner; anschließend, vom 3. bis zum 25. Februar, ist die Ausstellung in der Landesregierung in Klagenfurt zu sehen (Eröffnung am 3. Februar). Von Ende Februar bis Anfang Mai wird die Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück zu Gast sein. (Überschneidend dazu, nämlich von Anfang März bis Mitte April, wird die AK Klagenfurt eine Reproduktion der Ausstellung in ihren Räumlichkeiten zeigen.) Von Mitte Mai bis 3. Juli 2020 wird "asozial" – Ausgrenzung gestern und heute im ÖGB in Wien gezeigt. Im Herbst 2020 ist die Ausstellung für den Monat November bereits der AK Burgenland zugesagt, weitere Schauen sind in Planung.

Sollten Sie Interesse haben, dass die Ausstellung auch in Ihrer Nähe gezeigt wird, kontaktieren Sie uns unter: helga.amesberger@ikf.ac.at oder brigitte.halbmayr@ikf. ac.at oder unter 01 713 16 40.

Genauere Hinweise zu Eröffnungsterminen, Orten und Dauer der Ausstellung entnehmen Sie bitte den Websites www.ravensbrueck.at oder www.ikf.ac.at

Brigitte Halbmayr



"asozial" - Ausgrenzung gestern und heute

Das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, ist Vorausseltzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser ist aktuell gefährdet. Sozialabbau, Umweltzerstörung, Migration, Digitalisierung und Globalisierung sind Schlagworte für Entwicklungen, die vielfach ein Gefühl der Angst und Ohnmacht auslösen.

Kommt es zu gesellschaftlichen Problemen, und wann gibt es die nicht, werden rasch Sündenböcke an den Pranger gestellt. Menschen, die ohnehin benachteiligt sind, gelten dann als Grund für die Probleme, nicht aber Politik oder Wirtschaft. Politische Gruppierungen machen Stimmung gegen "Fremde", "Faule" und "Unnütze". Damit untergraben sie grundlegende Werte des guten Zusammenlebens in Demokratien.

Ein Forschungsprojekt am Institut für Konfliktforschung widmete sich der Verfolgung von als "asozial" stigmatisierten Frauen im Nationalsozialismus. Damals teilte eine staatlich organisierte rassistische Politik die Gesellschaft in Zugehörige und Nicht-Zugehörige. Parallelen zu Ausgrenzungsdiskursen von heute sind unüberseibbar.

Die Kontinuitäten im Umgang mit vermeintlich "Anderen" werden in dieser Ausstellung thematisiert. Sie zeigt, dass Ausgrenzung, Stigmatisierung und Disziplinierung eine jahrhundertealte Geschichte haben, die in der Radikalisierung im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt, nicht aber ihren Endpunkt fand.



Erkennungsdienstliche Aufnahme der Gestapo Wien von Kätthe A. Quelle: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Käthe A. floh von einer Arbeitsstelle, die ihr die Nationalsodialisten bei einer SS-Familie zugewiesen haltenlandsodialisten bei einer SS-Familie zugewiesen halten-Daraufilm wurde ihr "Arbeitsscheue" unterstellt. Sie estigle sich in der Folge auch im Eirzehungsheim zur Hochrestigle sich in der Folge auch im Eirzehungsheim zur zur Hochvertraft zu einer Haltstrafe von sechs Monaten. Nach Werbüßung dieser Strafe wurde sie im Juli 1942 ins Jusend-KZ Lükemark überstellt.



Karteikarte der Arbeitsanstalt Am Steinhof, Franziska P. Quelle: Wiener Stadt- und Landesarchiv, Städtische Arbeitsanstalten Frauen.

Franziska P., insgesamt viermal in die Arbeitsanstalt Am Steinhof eingewiesen, wurde während hirrer letzten Anhaltung in der benachbarten Wagner von Jauregg Heil- und Pflegeanstalt kurz vor Weihnachten 1943





Konzept & Umsetzung: Helga Amesberger & Brigitte Halbmayr, Institut für Konfliktforschung, Wien Kontakt: T: +43 1 713 16 40; Email: brigitte.halbmayr@ikf.ac.at, helga.amesberger@ikf.ac.at Layout: Bernadette Dewald

Lotte Dorowin-Zeissl



Buchpräsentation:
Do., 23. Jänner 2020 um
18 Uhr
Ort: Dauerausstellung
DÖW, Altes Rathaus,
Wipplingerstraße 8, 1010
Wien (Eingang im Hof)

Lotte Dorowin-Zeissl war als Geisel im Frauen-KZ Ravensbrück inhaftiert. Bevor die Wienerin dorthin deportiert wurde, war die damals 23-jährige Studentin französischer und deutscher Literatur in Clermont-Ferrand neun Monate in den Internierungslagern von Compiègne und Romainville inhaftiert. Im Zuge einer Razzia an der Universität, wo sich eine Widerstandsgruppe gebildet hatte, wurde sie als Geisel festgenommen. Sie selbst war nicht Teil der Résistance, was aber für die Gestapo keine Rolle spielte. In der Haft in Frankreich knüpfte sie enge Beziehungen zu Französinnen, die später auch im KZ ihre Leidensgefährtinnen werden sollten. Am 15. August 1944 ging der Transport von Romainville nach Ravensbrück ab, wo sie und ihre neuen Freundinnen am 21. August einlangten. Auf diesem Transport lernte die praktizierende Katholikin Lotte Zeissl die Wiener Kommunistin Lisl Barta kennen, der sie lange über das KZ hinaus verbunden blieb. Wie für viele andere auch begann mit der Befreiung am 28. April 1945 der mühsame, von Krankheit zusätzlich stark erschwerte Heimweg. In dem vom Universitätsprofessor und Neffen von Dorowin-Zeissl, Gerald Stourzh, verfassten Vorwort zum Buch weist er neben dem familiären Hintergrund und einem knappen Umriss der Lebensgeschichte bereits auf "Lotte Zeissls Begabung für Freundschaft" (S. 14) hin. Und in der Tat ist dies ein roter Faden, der sich durch die in diesem Buch abgedruckten Dokumente zieht - die tiefe Solidarität mit den (meisten) Leidensgenossinnen. Besonders unterstrichen wird dies durch die im Buch abgedruckten Briefe und Zeichnungen ihrer französischen Freundinnen.

Die in unterschiedlichen Zeiten entstandenen Texte sind nicht chronologisch abgedruckt, sondern nach thematischen Aspekten, was positiv hervorzuheben ist. Denn so wird die Einordnung des Erzählten/Gesagten nicht nur erleichtert, es wird auch klar, vor welchem Erfahrungs-

hintergrund die Texte zu lesen sind. Begonnen wird mit der eindrucksvollen Rede von Lotte Dorowin-Zeissl, die sie am 23. April 1994 in der Propstei St. Gerold in Vorarlberg gehalten hat. Darin beschreibt sie die Welt der Lager und des KZ Ravensbrück, die sie "mit all ihren Schrecken und ihrer Grausamkeit" (S. 20) kennengelernt hatte. Und gleich zu Beginn dieser Rede kommt sie auf die gelebte Freundschaft dort zu sprechen und widerspricht Adorno, der meinte, es wäre barbarisch, nach Auschwitz noch Gedichte zu schreiben: "Und doch komme ich nicht ganz zu demselben Ergebnis wie Adorno, denn in dieser selben Welt des Schreckens habe ich Frauen kennengelernt, die mit übermenschlicher Opferbereitschaft, Güte, Solidarität und ungebrochenem Mut aus ihrem Glauben heraus oder aus ihrer politischen Weltanschauung für Andere da waren, sich für Andere opferten." (S. 20) Es gab Menschen, die dieser Barbarei etwas entgegensetzten. Diese Rede gibt Einblick, was es geheißen hat, in einem KZ eingesperrt zu sein. Beeindruckend ist sie aber auch deshalb, weil deutlich wird, dass Lotte Dorowin-Zeissl sich ihrer Stellung als "Reichsdeutsche" mit einem privilegierten Arbeitsplatz in der sog. Häftlingsselbstverwaltung bewusst war.

Dieser Rede folgt das mit "Der Weg nach Ravensbrück. Clermont-Ferrand – Compiègne – Romainville – Ravensbrück" übertitelte Kapitel. Hier werden handschriftliche Aufzeichnungen zur Verhaftung und Gefangenschaft in Clermont-Ferrand und transkribierte Tonbandaufzeichnungen zur Situation in den beiden Internierungslagern Clermont-Ferrand und Romainville abgedruckt. Thematisiert werden darin Lebensbedingungen, die Beziehungen unter den Häftlingen, die spärlichen Kontaktmöglichkeiten nach außen, das Verhalten der Bewacher ebenso wie viele kleine Widerstandsmomente, die von Aktionen für das individuelle seelische Überleben und wiederum vom Einstehen für Andere zeugen.

In einem weiteren Kapitel sind Tonbandaufnahmen, in denen Lotte Dorowin-Zeissl über die soziale Struktur in Ravensbrück spricht, nachzulesen. Im Mittelpunkt stehen dabei die von der SS festgelegte Häftlingshierarchie und die Konsequenzen, die dies für das Überleben dieser Opfergruppen hatte. Hier wird auch Dorowin-Zeissls Sicht auf die verschiedenen Häftlingsgruppen deutlich, die nicht gänzlich frei ist von damals gängigen Stereotypen und Abwertungen (etwa in Hinblick auf die als "asozial" und "kriminell" kategorisierten Häftlinge). Leider sind hier - vom Herausgeber nicht kommentiert - falsche Angaben und seit langem revidierte Zahlen zur Todesrate im Frauen-KZ Ravensbrück angegeben. Obwohl Stourzh auf die umfassende Studie von Bernhard Strebel verweist, korrigiert er die falsche Zahl von Toten nicht. Tatsächlich waren es nach Strebel max. 30.000 Frauen, die in Ravensbrück den Tod fanden (1).

Ein besonderes Dokument ist auch ein Fragebogen vom 2. Juni 1946. Stourzh merkt an, dass es sich möglicherweise um einen Fragebogen der britischen Alliierten handelt. Tatsächlich stand Lotte Zeissl auf der "Liste der Zeuginnen ehemaliger Ravensbrücker Häftlinge" des Staatsanwalts Major Stewart (2), und der Fragebogen mit Lotte Zeissls Antworten waren mit großer Wahrscheinlichkeit Teil des britischen Ermittlungsverfahrens.

In den beiden letzten Abschnitten des Buches werden weitere Ausschnitte aus den Tonbandaufzeichnungen abgedruckt. Im ersten spricht Lotte Dorowin-Zeissl "über meine beste Freundin Lisl". Mit Lisl Barta verband sie trotz unterschiedlicher politischer Anschauungen eine lebenslange Freundschaft, die – wie sie anklingen lässt – durchaus von den politischen Differenzen auf die Probe gestellt wurde. Abschließend erzählt von der Befreiung und der Heimkehr nach Wien am 2. Juli 1945. Auch hier verweist sie wieder vielfach darauf, wie überlebenswichtig die von Lisl Barta und anderen Kameradinnen erhaltene Unterstützung und Solidarität war, um den strapaziösen Heimweg bewältigen zu können.

Es ist das Verdienst des Historikers Gerald Stourzh (und der Kinder von Dorowin-Zeissl), diese unschätzbaren Zeitdokumente eine breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben. Es ist ein schön gestaltetes Buch, dessen Umschlag ein Kunstwerk mit dem Titel "Ravensbrück 57935" der Tochter Irene Dworak-Dorowin zeigt.

Dennoch erlaube ich mir eine kleine Kritik. Es ist schade, dass der Herausgeber nicht mit mir (oder Brigitte Halbmayr) und der Lagergemeinschaft Kontakt aufgenommen hat. Zum einen wäre dies eine Gelegenheit gewesen, Auszüge aus dem Interview mit Lotte Dorowin-Zeissl, das wir 1998 im Rahmen des Oral History-Projektes "Vom Leben und Überleben. Wege nach Ravensbrück" geführt haben, zu veröffentlichen. Zum anderen hätten so einige Daten und Unklarheiten geklärt werden können. Dies ist auch eine Kritik am Mandelbaum Verlag, der über unsere Expertise zu den österreichischen Verfolgten im Frauenkonzentrationslager Bescheid weiß und einen Kontakt hätte herstellen können.

Trotzdem: Es ist ein wunderbares und wertvolles Büchlein. Es ist ein Beitrag zur Frauengeschichte, zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung von Frauen. Und es ist ein seltenes Dokument über eine katholisch geprägte Frau, deren Glauben ihr die Einsicht der Notwendigkeit und die Kraft gab, selbst in lebensbedrohlichen Lebenslagen solidarisch zu handeln.

Helga Amesberger

- (1) Bernhard Strebel: Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes. Schöningh, 2003.
- (2) Vgl. Verein Geschichte der Arbeiterbewegung: Dok. WO 235/316 "Summary of Witnesses Character and Evidence" (Abschr.), VGA Karton 4, Mappe 31a, S. 14f.

Im Gedenken an Lisl Jäger (1924-2019)

Leopoldine Elisabeth (Lisl) Morawitz wurde am 25.9.1924 als jüngstes von vier Kindern in Wien geboren. Der Vater, August Morawitz, arbeitete als Markthelfer auf dem Wiener Naschmarkt. Nach Abschluss von Volks- und Hauptschule erhielt Lisl eine kaufmännische Ausbildung in einer Papierwarenhandlung.

Aufgewachsen im sozialdemokratischen Umfeld der Wiener Gemeindebauten wurde sie gemeinsam mit ihrer Familie nach dem Anschluss 1938 im Widerstand tätig. Sie trat dem Kommunistischen Jugendverband (KJV) bei, betreute Familien von Inhaftierten und sammelte für die Rote Hilfe. Mit ihren Freunden verteilte sie illegale Zeitungen und Flugblätter. Am 3. Juli 1941 wurde sie, 16-jährig, zusammen mit ihrer Mutter von der Gestapo verhaftet und wegen "Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftzersetzung" zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die sie vor allem in München/Stadelheim verbüßte. Das Urteil für die Mutter lautete vier Jahre Zuchthaus. Am 23. September 1943 wurde ihr Bruder Bruno vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 25. Februar 1944 in Wien hingerichtet.

Nach Strafverbüßung wurde Lisl nicht entlassen, sondern im September 1944 ins Frauen-KZ Ravensbrück deportiert. Im Zuge der Evakuierung im April 1945 konnte sie gemeinsam mit anderen Kameradinnen vom

Todesmarsch flüchten und half nach der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee bei der Betreuung zurückgebliebener kranker Kameradinnen.

Anfang Juli 1945 kehrte Lisl für einige Jahre in ihre Heimatstadt Wien zurück, übersiedelte dann aber 1950 mit ihrem Mann Martin Jäger (alias Max Bair; österreichischer Spanienkämpfer und Widerstandskämpfer in Slowenien) in die DDR. Dort holte sie das Abitur nach, schloss ein Studium als Journalistin an der Leipziger Universität ab und arbeitete beim Rundfunk, in verschiedenen Zeitschriftenverlagen und beim Ministerium für Kultur.

Lisl Jäger engagierte sich seit den 1950er Jahren in der deutschen Lagergemeinschaft Ravensbrück. Bei Begegnungen mit Jugendlichen klärte sie als Zeitzeugin auf und warnte vor den Folgen von Rechtsradikalismus, Faschismus und Totalitarismus. In der DDR wurde sie mit der Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933 bis 1945 ausgezeichnet.

Für ihre Verdienste und ihr konsequentes Eintreten gegen das Vergessen erhielt sie am 13. Juni 2008 auch den Verdienstorden des Landes Brandenburg. Lisl Jäger lebte in Berlin, war mehrfache Groß- und Urgroßmutter und bis ans Ende ihrer Tage politisch aktiv. Sie starb am 28. Juni 2019 im Alter von 94 Jahren in Berlin.

PRÄAMBEL

Wir ehemaligen Ravensbrücker Häftlinge, zusammengeschlossen in der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück, haben seinerzeit beschlossen, junge Freundinnen in unsere Lagergemeinschaft aufzunehmen, weil wir möchten, dass unsere Tätigkeit fortgesetzt wird, auch dann, wenn wir Alten nicht mehr da sein werden.

Um sicherzustellen, dass der Geist, in dem unsere Gemeinschaft gegründet und geführt wurde, in der selben Richtung weitergeführt wird, möchten wir die Grundsätze, auf denen unsere Tätigkeit beruht, obwohl diese Grundsätze in den Statuten unseres Vereines auch angeführt sind, noch einmal anführen. Damit wollen wir unseren jungen Freundinnen helfen, sich gegen aufdrängende Richtungsänderungen erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Diese Grundsätze sind:

- 1) Erhaltung der Erinnerung unseres Kampfes gegen den Nationalsozialismus, der die böseste Form des Faschismus ist.
- 2) Verteidigung der Demokratie und bedingungsloser Kampf gegen jede Form der Diktatur, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Wann immer die Statuten der jetzigen und sich bildenden Lagergemeinschaft aus welchen Gründen auch immer geändert werden sollten, sind diese beiden Grundsätze in die Statuten aufzunehmen und zu befolgen. Daher ist diese Präambel auch allen künftigen Statuten voranzustellen.

Dieser Text wurde 2005 von Überlebenden des KZ Ravensbrück verfasst und ist seither den Vereinsstatuten der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen als Präambel vorangestellt.

Die genauere Entstehungsgeschichte wird auf www.ravensbrueck.at dargestellt – unter "Die Lagergemeinschaft" auf "Vermächtnis" gehen.